

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Für Preußen mit Stempel-  
steuer 21 Sgr., für die  
übrigen Deutschen Staaten  
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen Deutschen  
Postämtern auf den 1ten  
des Monats und auf den  
1ten Monat besonders an-  
genommen, im Kgr. Sachsen  
u. Preußen, Sachl.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat  
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Erscheint in Leipzig  
Dienstag, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postämtern u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Fremd-Expeditionen für die  
bereinigten Staaten:  
F. H. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Wm. Lubbers,  
609 Mayor, Chicago, Ill.  
Peter Hak,  
E. W. Corner Third and  
Market str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 10.

Sonntag, 25. Januar.

1874.

## Das Resultat der Reichstagswahl.

Am 10. Januar ist nachstehende Anzahl von Stimmen für unsere Candidaten abgegeben worden. Es fielen Stimmen:  
Auf Brauke in Braunschweig: 1. Bezirk 7,766, 2. Bez. 6,828, 3. Bez. 2,795; auf Johann Jacoby im Leipziger Landkreis: 4,630, Dresden 3,582, Weimar 2,731, Berlin 2,265, Mainz 1,348, Pforzheim 1,328, Solingen 1,892, Breslau 1043, Stuttgart 413, Bamberg 340, Elberfeld 298, Sorau 140; Grillenberger in Nürnberg 5,355, Würzburg 730, Vaireuth? Nord im 21. sächsischen Bezirk 6,515, Hof 1,603, Erfurt?? Liebknecht in Stollberg-Schneeberg 8,141, Dresden-Landkreis 3632, Bismarck 630, Eisenach 955; Bebel in Glauchau: 7,777, Leipzig 3,651, Wurgens-Döha 845, Hannover 61, Frankfurt a. M. 63, Bielefeld 36, Fulda 12, Mannheim 630, Altona 200, Kassel?? Fink in Hoch-Weithain-Pegau 3844; Bahlteich in Wittweida-Burgstädt-Franckenberg 7,180; Most in Chemnitz 10,084, Darmstadt-Großgerau 1224, Heidelberg 64, Augsburg 1,609, Lechhausen 287, Pöfnitz-Saalfeld 1000; Geib in Hainichen-Freiberg 5,942, Hamburg 548, Motteler in Zwidauer-Erimmishausen 8941; Walster: Döbeln-Baldheim 3,000; Döschner: Vangen-Ramenz 513; Edelstein, Woldebrunn-Tharand 3,743; Wolf, Großenhain-Meißen 874; Ufert, Pirna-Königsstein 1596; Engelhardt, Annaberg 319; Albert, Plauen 1650; Demmler, Altenburg 2,682, Eßlingen 3,860; Voigt, Oera 1,600; Sy, Gotha 1,438; Bod, Coburg?? Mühlhausen-Langensalza?? Geiser, München 1,782; Pröbstl, München 1,486; Rid, Regensburg 230; Löwenstein, Fürth 2,222; Rid, Landshut 192; Burckhardt, Öppingen 2,683; Meyner, Calbe-Nehseleben 2,594, Potsdam 273, Magdeburg 1,208; Herbig, Königsberg 1542; Zitsch, Eßln 1069; Kirchner, Hildesheim?? Hirsch, Wiesbaden 291; Schneider, Warburg 1,292; Henning, Ronndorf 629, Erfeld?? Ehrhardt, Ludenwalde 1,641; Kühn, Langenbielau 930; Frigische, Halberstadt 816; Winkler, Arnstadt 992.

In Sachsen sind zur Reichstagswahl 1874 seitens der Sozialdemokratie folgende Stimmen abgegeben worden.

Candidaten der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei:	
3. Bezirk: Döschner	513
4. " Liebknecht	3,632
5. " Jacoby	3,582
6. " Edelstein	3,743
7. " Wolf	874
8. " Ufert	1,596
9. " Geib	5,942
10. " Walster	3,300
11. " Bebel	845
12. " Liebknecht	3,651
13. " Jacoby	4,630
14. " Fink	3,844
15. " Bahlteich	7,180
16. " Most	10,084
17. " Bebel	7,777
18. " Motteler	8,941
19. " Liebknecht	8,141
20. " Liebknecht	630
21. " Engelhardt	319
22. " Nord	6,515
23. " Albert	1,650
	87,389.

Candidaten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins:	
1. Bezirk: Hausstein	1,518
3. " Keller	471
5. " Hülsbeck	110
7. " Stühr	1,083
16. " Tölke	142
20. " Tölke	1,561
23. " Zwiabler	370
	5,255.

Ob dieses Resultat genau ist, können wir nicht sagen. Daß im ersten und zweiten Bezirk gar keine Stimmen für uns abgegeben worden sein sollen, scheint uns nicht glaublich; haben doch die liberalen Blätter die Stimmen Liebknechts im 20. Bezirk ebenfalls vollständig unterschlagen. Wir ersuchen unsere Parteigenossen im 20. Bezirk, uns zu melden, ob die von uns angeführte Zahl die offiziell richtige ist.

Das Gesamtergebnis aller bis jetzt auf die sozialdemokratischen Candidaten in Sachsen abgegebenen Stimmen beträgt 92,644 gegen 44,243 im Jahre 1871. Die Stimmenzahl hat sich also mehr als verdoppelt und wird sich in Folge der drei Stichwahlen im 5., 13. und 14. Bezirk, wo unsere Candidaten in der engeren Wahl sind, noch um einige tausend Stimmen vergrößern. Bemerkenswert ist, daß im 1., 2., 3., 7., 11. und 20. Bezirk eine Agitation gar nicht stattfand, im 8., 10., 21. und 23. Bezirk nur eine sehr geringe. Die Parteigenossen concentrirten vielmehr ihre Kräfte auf die übrigen Bezirke, was um so nöthiger war, da nicht weniger wie 4 der aufgestellten Candidaten: Liebknecht, Bebel, Döschner in Folge von Gefängniß, Most in Folge der Ausweisung verhindert waren zu agitiren. Uble und Sonntag wurden in der wichtigsten Periode der Agitation verhaftet und letzterer erst nach der Wahl freigelassen. Auer wurde ebenfalls im entscheidenden Moment gefaßt, endlich war gegen Caution freigelassen, aber verpflichtet, das Weichbild Dresdens nicht zu verlassen. Daß trotz dieser Haupthindernisse, neben den vielen zweiten und dritten Grades die Partei dennoch diese großartigen Resultate errang, spricht eben so sehr für die gute Organisation im Allgemeinen, den Opfer-

muth und die Begeisterung jedes Einzelnen. Weiteres über das Gesamtergebnis der Wahlen in Deutschland werden wir anknüpfen, sobald dasselbe endgültig feststeht. Bis jetzt beträgt dasselbe, soweit es uns bekannt ist — und aus mehreren Wahlbezirken sind noch gar keine Nachrichten da — etwa 163,000 Stimmen.

Wir ersuchen die Parteiwahlcomités in den noch fehlenden Wahlbezirken, uns umgehend das Resultat der Wahl mitzutheilen; außerdem wollen die Parteigenossen uns sofort Berichtigungen einreichen, falls solche in Bezug auf obige Zahlen sich als notwendig herausstellen sollten.

## Politische Uebersicht.

Die Wahlsiege unserer Partei lassen die Nationalliberalen nicht schlafen. Fort mit dem Plunder des Freiheitsheimes, heißt es nun bei ihnen, wir sind die Besigenden und somit die Herrschenden. Außer unserer Freiheit dulden wir keine mehr. Einmal zu dieser Erkenntniß gelangt, ist das allgemeine Wahlrecht für sie ein Stein im Wege. Das gefehlen nun auch schon viele ihrer Pressmameluken zu. Hören wir z. B. das „Söppinger Wochenblatt“ (gleich Amtsblatt), wie trefflich sich die Heulweierei schon ausgebildet hat. Es sagt: „Die bedenklichste Seite der diesjährigen Wahlen bilden die Erfolge der Sozialdemokraten. Nicht nur, daß sie ihre Hauptführer in den Reichstag bringen, sie haben auch ansehnliche Minoritäten an manchen Orten erreicht, wo sie nicht siegen konnten; in dieser und jener Stadt bildeten sie, wenn auch im Ganzen unterliegend, eine lokale Mehrheit, und in Landorten, wo vielleicht zum ersten Male Name und Begriff der Sozialdemokratie gehört wurde, haben sie Wähler gefunden. Das allgemeine Stimmrecht wird in Folge davon härter als je angeklagt werden, die Diätenlosigkeit dagegen in etwas günstigerem Licht erscheinen. Dieses bedeutende Anwachsen der äußersten demokratischen Partei kann dem ruhigen, stetigen Wachsen der bürgerlichen Freiheit keineswegs förderlich sein. Angesichts solcher Wahlergebnisse werden die besitzenden und die regierenden Klassen nicht ohne Besorgnisse in die Zukunft blicken, in welcher die Folgen des allgemeinen Stimmrechts sich mehr und mehr entwickeln werden.“

Aha, es ist bedenklich, daß die Bauern schon für Sozialdemokraten stimmen! Die Diätenlosigkeit soll unsere Abgeordneten zum Schweigen bringen — wie liberal klingt das! Die „bürgerliche Freiheit“ der liberalen Amtsblätter ist gefährdet — man sieht es, der „Segen“ der fünf Milliarden bricht sich in Deutschland wie in Frankreich immer mehr Bahn. Während man sich in den diplomatischen Kreisen noch nicht recht einig ist, wie ein neuer Krieg einzuführen werden soll, der Krieg aber selbst schon ganz offen für unausbleiblich erklärt wird, sucht man das Augenmerk der Völker von dem Elend abzulenken, welches der letzte „heilige Krieg“ gebracht hat. Allein dieses Elend ist zu unweidentlich, überall macht es sich geltend und die „Krachs“ oben sind nur das Wetterleuchten von dem Gewitter, welches alle Culturländer zu überziehen im Begriffe steht. In Amerika sehen wir eine großartige Arbeitslosigkeit, alle Geschäfte stocken, und in Europa ist's um kein Jota besser. Die „Krachs“ werden zur Alltäglichkeit und wenn es heute in Wien oder Berlin etwas ruhiger ist, als gewöhnlich, gleich erschallt der Nothschrei von anderer Seite. In dieser Hinsicht sei eine Zuschrift citirt, welche die „Hamburger Nachrichten“ vom 20. Januar aus Paris veröffentlichten. Sie sagt mehr als die besten Leitartikel, denn Zahlen beweisen. Es heißt darin: „Die kommerzielle und industrielle Lage von Frankreich, insbesondere von Paris, ist noch immer eine prärefe, der Stillstand des Geschäfts ein bedenklicher. Die Noth unter den arbeitenden Klassen ist groß und das hiesige Leihamt hat augenblicklich auf 40,000 Matrizen Darlehen machen müssen, d. h. viermal so viel als in gewöhnlichen Zeiten, und diese ominöse Anzahl würde noch größer sein, wäre das Leihamt nicht durch Mangel an Raum genöthigt, Tausende von Borgern zurückzuweisen.“

Sozialdemagogisches. Die Berliner „Volkzeitung“ ist über die „Schande“, daß der „König im sozialen Reich“ in der Reichshauptstadt und bisherigen Fortschrittsdomäne Berlin mit Hasenklever zur engeren Wahl gekommen ist, vollständig aus dem Häuschen. Nun — wenn es ihr genügt, sich durch die komischen Aeußerungen ihrer Verblüfftheit lächerlich zu machen — wie z. B. in der letzten Sonntagnummer — so ließe sich nichts dagegen einwenden. Jedermann hat das Recht, ein Narr zu sein (so make a fool of himself, drüden es die Engländer aus). Aber die „Volkzeitung“ gehört in die Kategorie der boshaftesten Narren, und diesen muß man auf die Finger klopfen, erforderlichen Falls zu noch strengeren Maßregeln Zuflucht nehmen. Das Organ des Hrn. Schulze, dieses bankrotten Bourgeois, „Sozialdemagogen“, enthält in der letzten Nummer gegen die Sozialdemokratie einen Denunziationsartikel, dessen plumpe Schamlosigkeit auf einen bekannten Namensvetter des entthronten „Albrechten“ als Verfasser hinzuweisen scheint. Freilich — es ist das eine Eigenschaft, die in jenen Kreisen sehr häufig zu finden ist, und zwar aus Klässische ausgebildet. Anknüpfend an die famose gesellschaftsrettende Epistel des strebhamen Hrn. Tessenborff hat die „Volkzeitung“ die Stirn zu schreiben: „Die Quelle der umschweifenden Brutalität liegt in der That in der weitverbreiteten demagogischen Aufreizung gegen die bestehende Gesellschaft. Vergessen wir aber hierbei nicht auch zu zeigen, von wem diese Demagogie großgezogen und im Stillen begünstigt worden ist.“ Wer hat denn mit Lassalle geliebäugelt,

als er sich weltberühmt machen wollte durch Niederkämpfung der sogenannten „liberalen Bourgeoisie“? Branchen wir denn gar zu weit zu suchen, um zu zeigen, wie der Geheimrath Wagener im Interesse der „Regierung“ Broschüren ausarbeiten ließ gegen das Bourgeoisiesystem, und wem Hr. von Schweiger, der Nachfolger Lassalle's, ein gar sehr willkommener Agitator war, um die Arbeiter gegen die Besigenden aufzubringen? — Wir sind froh, daß es jetzt besser werden soll. Staatsanwalt und Polizei sind jetzt auf die richtige Quelle der Brutalität hingewiesen, die in dem demokratischen Treiben liegt, wo man die Leidenschaften dumpfer Geister aufstachelte, und Gesetz und Recht, Sitte und Besitz als Feinde der Freiheit anklagt und mit Knüttelweisheit niederkämpfen lehrt. Genug dieser „Knüttelweisheit“ und dieses Knüttelstils. Man gehört nicht angekrast zu den Bewunderern Lasker's. Soweit die citirten Sätze einen Sinn haben, ist es der: die schneidenden Rohheiten, durch welche Berlin einen so traurigen Ruhm erlangt hat, das freche Loniethum, die furchtbare Ueberhandnahme von Gewaltthätigkeiten und Verbrechen aller Art sind der Sozialdemokratie (denn unter Sozialdemagogie versteht die bankrotte Sozialdemagogin „Volkzeitung“ die Sozialdemokratie) zu verdanken, sind die Folge der sozialdemokratischen Bewegung. Es ist dies eine bewußte Lüge und Verleumdung. Die „Volkzeitung“ weiß so gut, wie wir, daß die sozialdemokratischen Grundzüge jeder Rohheit entschieden feindlich sind, und sie weiß ferner ebenso gut wie wir, daß alle diejenigen schlimmen Leidenschaften, über deren Ausbrüche in Berlin man sich neuerdings so entsetzt, durch das jetzt herrschende politische System genährt und gepflegt, und durch den Militarismus und die Institution der „heiligen Kriege“ sogar zum herrschenden Staatsgeist, zum Staatsprinzip erhoben sind.

Der „Volkswille“ schreibt: „Die Lage der österreichischen Arbeiter hat sich bisher noch keineswegs gebessert. Im Manufakturgeschäft herrscht fast gänzlicher Stillstand. In Bieleitz, Brunn, Reichenberg und Jägerndorf, den Hauptplätzen der österreichischen Schapwollindustrie, sieht es trostlos aus. Arbeiterentlassungen sind dort noch immer an der Tagesordnung; das Elend steigert sich mit jedem Tage und lauter und lauter ertönt der Ruf nach Staatshülfe für die brodlosen Arbeiter. Nicht viel besser geht es den Manufakturarbeitern in Wien, von denen der größere Theil bereits aufs Pflaster gesetzt ist, während die noch Arbeitenden sich jede Lohnreduktion gefallen lassen müssen. Auch über die Lage der Eisen- und Metallarbeiter Wiens wird Aehnliches berichtet. Von drei Wiener Waggonsfabriken sind — wie der Vorstand der Genossenschaft der Maschinenfabrikanten und Mechaniker mittheilt — momentan zwei gänzlich unbefähigt, die dritte arbeitet nur mit halber Kraft; die Prager Maschinenfabrik kann jetzt nur 10 Prozent der Arbeiterzahl beschäftigen, die sonst bei ihr bedienstet ist, so daß im Ganzen fast 4000 Arbeiter feiern und brodlos sind. Es sieht zu befürchten, daß die Zahl der brodlosen Arbeiter sich verdoppeln wird, wenn nicht dafür Sorge getragen wird, daß die Waggonsfabriken Arbeit erhalten. Nur eine kurze Zeit, höchstens drei Monate, und 8000 Arbeiter hungern. In diesem Augenblicke der Gefahr bestellt die Bodenbacher Bahn tausend Kohlenwaggons — im Auslande, bei Kramer und Klett in Nürnberg. — Uebrigens wird in allen Geschäften über Mangel an Arbeit geklagt. So ist fast der größte Theil der Wiener Gold- und Silberarbeiter seit Monaten zum Feiern verurtheilt. Auch die Schuhmacher und Schneider haben wenig zu thun. Briefe, die uns aus den verschiedenen Provinzen zukommen, schildern in ergreifender Weise das Elend, in welchem allerorts die Arbeiter leben müssen.“

In Spanien ist der Rehrand zu Ende: am 23. Januar Castelar weggeblasen, dann ein paar Aufstände hier und da, auch in Barcelona ein Versuch, und nun Cartagena gefallen! Das Lieb von dem Heldeumuth und der Dummheit des Volks, das sich von elenden Bauernfängern und schauspielerischen Jungendreschern nasführen läßt, und, wenn es kämpft, nicht zur rechten Zeit, nicht am rechten Orte, nicht mit dem rechten Zusammenhalt zu kämpfen weiß! Wie viel Tausende edler Leben sind in den letzten Jahren in Valencia, Malaga, Saragossa, Barcelona, Cartagena zum Opfer gefallen! Genug des Bluts, um ein halb Duzend Freistaaten zu gründen — wenn nur dem Blut auch der Ritt des Verstandes, des Verständnisses beigemischt gewesen wäre. Es war ein Wettkampf der Thorheit und der Unvernunft auf Seiten der demokratischen Partefractionen — die Sozialisten mit inbegriffen — und es ist schwer zu sagen, wer in diesem Wettkampfe die Andern überholt hat. Natürlich ernteten die Gegner der Demokratie die Früchte dieser Saat von Thorheit und Unvernunft. „Der glückliche Serrano pflückt die Birne, und Castelar, der den Baum gepflanzt, ist auf den Reichthümern geworfen!“ Jammer die Bewunderer des verunglückten spanischen Hiers anläßlich des Falls von Cartagena. Nun, daß der Säbel die Frucht abschlägt, welche der impotente Parlamentarismus gezeitigt hat, liegt in der Natur der Dinge und ist schon gar oft dagewesen. Daß Herr Castelar aber vor der Einnahme von Cartagena von der Bühne verschwinden, ist vielleicht das glücklichste Ereigniß, das ihm zugestoßen. Zur Lächerlichkeit wäre vielleicht die Infamie gekommen.

## Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen!  
Die Wahlbewegung hat alle Mitgliedschaften mehr oder weniger angestrengt, doch weit mehr noch als die einzelnen Mitglied-



schaften wurde die Parteikasse beansprucht. Die Wahlerfolge beweisen, daß die gebrachten Opfer nicht vergeblich waren. Wir sind stolz auf diese Erfolge und hoffen, daß alle Parteigenossen es mit uns sind.

Daß gerade im Januar viele Mitgliedschaften mit ihren Beiträgen sich im Rückstand befinden, kann nicht befremden. Allein gegenüber einer über alle Maßen angegriffenen Parteikasse gilt keine Entschuldigung, und so fordern wir denn alle Vertrauensmänner eindringlich auf, für baldige Zuführung der restanten Beiträge an den mitunterzeichneten Parteikassier Sorge zu tragen.

Auch erinnern wir daran, daß noch nicht alle Centralwahlcomités über den Ausfall der Wahlen berichtet haben. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um die Säumigen zu sofortiger Pflichterfüllung anzuspornen. Hamburg, 22. Januar 1874.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Der Ausschuß.

S. A.

H. Venneke, Kleiner Schäferkamp 34.  
August Weib, Rödningmarkt 12.

## Gewerksgenossenschaftliches.

### Gewerkschaft der Schuhmacher.

**Hofha.** Wie die Constanzer Kollegen uns berichten, beschäftigt der dort bestehende Meisterverein die junge aber thatkräftige Mitgliedschaft zu sprengen und haben Maßregelungen schon statgefunden. Die Kollegen schreiben: „Wir wollen lieber das Härteste ertragen in dieser Jahreszeit als unsren Prinzipien abschwören.“ Das ist Mannhaftigkeit! Wir warnen hiermit vor Zuzug nach Konstanz und zwar auf so lange, bis die dortigen Freunde selbst die Warnung aufheben. Ferner hoffen wir, sobald der Ruf erschallt zu unterstützen, daß kein Ort, kein Kollege zurückbleibe mit seiner Unterstützung. Das übermäßige Gebahren jener Herren, die nicht die mindeste Ursache haben mit unsren Kollegen in dieser Jahreszeit ihr frivoles Spiel zu treiben, muß gestraft werden. Kollegen allerorts, sorgen wir dafür, daß nicht jene Herren wie in Effen über die Niederlage der Kollegen in der „Schuhmacher-Zeitung“ jubeln. Alle arbeiterfreundlichen Blätter bitten wir um Abdruck obiger Zeilen.

Für die Verwaltung: W. D. o. d.

### Verband der Klemper und Fachverwandter.

**Stuttgart, 13. Januar.** Sonntag, den 4. Januar war Herr Kaffner aus München hier, vom Verwaltungsrath berufen, eine Mitgliedschaft dasebst ins Leben zu rufen, was auch von ziemlichem Erfolge gekrönt war, denn es zeichneten sich sofort 25 Mann in die aufgelegte Liste ein. Montag, den 12. Januar hielten wir nun eine weitere Versammlung ab zur definitiven Gründung und Aufschlußwahl. Ist unsere Mitgliedschaft vorläufig auch noch klein, so ist doch alle Aussicht vorhanden, sie in Kürze auf die ihr gebührende Höhe der Kollegenanzahl zu bringen, wie es von einer Stadt wie Stuttgart zu erwarten ist, denn auch die Arbeiter Schwabens werden sicher nicht zurückstehen hinter den Bemühungen ihrer Mitbürger in anderen Ländern, auch sie werden beweisen, daß sie ihre Zeit erkennen und fördernd mit einzugreifen wissen in die Speichen des Rads der Zeit, zur endgiltigen Lösung der sozialen Frage und rufen wir deshalb allen Kollegen beim Eintritt in den Verband zu: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Noth uns trennen und Gefahr.“

Mit collegialischem Gruß für die Mitgliedschaft

M. Seifschab, Bevollmächtigter.

Kasp. Zettler, Kaffner, rothe Straße 4, parterre.

## Correspondenzen.

**Leipzig, 20. Jan.** Anlässlich der Stichwahl zwischen Dr. Joh. Jacoby aus Königsberg und Dr. Heine aus Pögnitz fand gestern Abend eine gut besuchte Volksversammlung in dem benachbarten Connewitz statt. Scheil referirte in derselben über die Stellung der neuen Demokratie zur alten und unterzog die Thaten der letzteren einer strengen aber gerechten Kritik, Jacoby, als den Vater der deutschen Demokratie, sowie seine unumwandelbare Treue zu den Prinzipien derselben in das rechte Licht stellend. Da Jacoby sich voll und ganz bei Gelegenheit des Leipziger Hochverrathsprozesses zum Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei bekannt, sei es Pflicht eines Jeden, welcher gegen die heutigen Zustände Protest erhebt, einem solchen unerschrockenen und konsequenten Verfechter der Volkrechte seine Stimme bei der engeren Wahl zu geben. Nach Scheil ergriff noch Parteigenosse Stelzer aus Leipzig das Wort, die Stellung beider konkurrierenden Candidaten beleuchtend, und über die Thaten des bisherigen Reichstags, namentlich in Bezug auf das Militärgesetz der Versammlung ein klares Bild gebend. Die Versammlung verlief in schönster Ordnung. Trotz Aufforderung meldete sich kein Gegner zum Wort und wir sind berechtigt, auf den Sieg Jacoby's zu hoffen.

**Randensbüschel, 19. Jan.** (Strife.) Nachdem nun auch bei uns von neubadenen Fabrikanten ein Teppichfabrikantenbund gegründet und dieser sich zur Aufgabe gestellt, die schon karglichen Löhne noch mehr herunter zu drücken, indem die Herren den Arbeitern einen Lohnzettel vorlegten, nach welchem einem fleißigen Arbeiter wöchentlich 20 Sgr. bis 1 Thlr. abginge, fühlten sich die Arbeiter gezwungen, auch einen Tarif auszuarbeiten und diesen den Arbeitgebern resp. dem Vorsitzenden des Bundes vorzulegen. Diese Herren aber, welche auch nur Arbeiter sind, und wobei erwähnt werden muß, daß drei dieser Patrone, nämlich Ernst Schneider, Gottfried Hofmann und Kuhl, Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, ja sogar Essigmannter Vorstand unseres Vereins ist, waren sehr erbozt, daß sich die Arbeiter erlaubten, den Arbeitgebern einen Lohnzettel vorzulegen, und hielten ihren Tarif fest.

Die Arbeiter waren nun gezwungen, die Arbeit einzustellen, und sind in Folge dessen mehrere Familienväter brodblos. Aber die alte Garde, welche es größtentheils betrifft, steht fest. Dringend notwendig ist aber, daß uns die Parteigenossen sobald als möglich mit Geld unterstützen. Wir haben bei jedem Strife unsere Schuldigkeit gethan und erwarten nun, daß uns die Parteigenossen zum Siege verhelfen.

Geld sind zu senden an Louis Vogel bei Gottfr. Bröhmel. Wir bitten alle arbeiterfreundlichen Blätter, diesen Aufruf zu berücksichtigen. Mit Brudergruß

Der Vorsitzende des Strifecomité: Carl Seifert.

## Au die Wähler im 18. hannoverschen Wahlkreis.

**Stade.** In nächster Zeit müssen wir noch einmal in die Wahltagung eintreten, da für unsern Wahlkreis eine Nachwahl stattfindet, und die Stader Arbeiter freuen sich schon darauf, obgleich wir bei der letzten Wahl nur eine verhältnismäßig geringe Stimmzahl hatten. Unsere Gegner, die nationalliberalen Macher, hatten aber auch Alles gethan, um sich den Sieg zu sichern, und selbst zu Ungunsten hat man seine Zuflucht genommen, damit nur die Arbeiter nicht die Majorität erhalten möchten. Daß städtische Beamte, die aus den von den Kleinbürgern und Handwerkern, sowie von den ärmeren Arbeitern aufgebracht Steuern besolbet werden, mit der Verbreitung der Benningsen'schen Wahlzettel beauftragt waren, also zur Förderung von Parteizwecken benützt wurden, wollen wir den Machern der Benningsen'schen Wahl noch gar nicht mal so groß übel nehmen, weil dadurch dem Glauben an die Unparteilichkeit der Behörde ein arger Stoß versetzt ist, woran wir keinen Nachtheil haben.

Daß aber in den Wahlbüros selbst für Benningsen agitirt, resp. Stimmzettel für denselben ausgegeben wurden, verstößt ganz entschieden gegen § 11 des Wahlgesetzes, nach welchem im Wahllokal selbst nicht einmal ein Wähler sich den Stimmzettel schreiben darf. Ungeachtet, weil den § 13 des Wahlgesetzes verlegend, war es ferner, daß kein Eintritt in's Wahllokal Arbeiter angerufen wurden: „Na! wen wollen sie wählen?“

Wenn aber seiner Wahlvorsieher dem klaren Wortlaut des § 9 des Wahlgesetzes, welcher lautet: „Die Wahlhandlung sowie die Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich“, entgegen, Wähler, die bei Ermittlung des Wahlergebnisses anwesend sein wollten, dies verweigert resp. dieselben aus dem Wahllokal wies, so wissen wir in der That nicht, ob eine größere Ungefehrlichkeit denkbar ist. Es hat den Anschein, als ob das Wahlgesetz nur dazu da ist, damit etwaige Wahlvorsieher dagegen handeln.

Die Thatfache, daß bei Ermittlung des Wahlergebnisses die im § 9 des Wahlgesetzes vorgeschriebene Öffentlichkeit verweigert wurde, veranlaßt uns aber zu der Frage, warum dies geschehen? Man muß doch einen Grund dafür gehabt haben, denn ohne Grund, und zwar ohne einen sehr triftigen Grund, läßt sich doch so leicht Niemand eine Ungefehrlichkeit zu Schulden kommen.

Hier die Antwort. In allen Fällen, wo die Öffentlichkeit bei Ermittlung des Wahlergebnisses, die in § 9 des Wahlgesetzes vorgeschrieben ist, ausgeschlossen wird, geschieht dies entweder, um hinter verschlossenen Thüren das Wahlergebnis zu „schieben“, oder aber es geschieht dies, weil die Wahlvorsieher das Gesetz, nach welchem sie die Wahlleitung handhaben sollen, gar nicht kennen, sich nicht die Mühe gegeben haben, es zu lesen, oder wenn sie es gelesen haben, die Bedeutung des Wortes öffentlich in geheim deuten.

Nun fällt es uns natürlich nicht ein, behaupten zu wollen, daß irgend wo, am allerwenigsten in Stade die im § 9 des Wahlgesetzes vorgeschriebene Öffentlichkeit bei der Stimmabgabe resp. bei Ermittlung des Wahlergebnisses deshalb in eine geheime Ermittlung umgewandelt worden sei, um das Wahlergebnis zu fälschen, das hätte doch seine großen Bedenklichkeiten. Wir trauen den „Machern“ der nationalliberalen Wahlen natürlich nicht so weit als wir sehen, aber zu diesen „Machern“ rechnen wir nicht die aus mehreren Personen zusammengesetzten Wahlvorsieher, über deren Hauptern außerdem noch der § 108 des Strafgesetzbuches: „Wer — ein unrichtiges Ergebnis der Wahlhandlung vorsätzlich herbeiführt, oder das Ergebnis verfälscht, wird mit Gefängnis von einer Woche bis zu drei Jahren bestraft,“ als Damoklesschwert über dem Kopf hängen würde, wenn sie sich einer „Schiebung“ des Ergebnisses schuldig gemacht hätten, wenn die Wahlen längstens vorüber sind.

Aber auch ohne gleich das Schlimmste zu denken, bleibt der Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Stimmabgabe oder bei Ermittlung des Wahlergebnisses eine durch nichts zu entschuldigende Ungefehrlichkeit, die um so strenger geahndet werden sollte, wenn Leute sich derselben schuldig machen, von denen man vermöge ihrer sogenannten Bildung annehmen berechtigt ist, daß sie das Wahlgesetz verstehen, wenn anders es ihnen nicht zu viel ist, die Nase hineinzustechen und es zu lesen.

Freilich! das allgemeine Volkobewußtsein urtheilt nicht so milde als wir, und der einstimmig, gleichsam aus einem Munde kommende Schrei, „das ist Schwindel“, den die Masse des vor dem Rathhause versammelten Volkes ausstieß, als das hinter verschlossenen Thüren festgestellte Wahlergebnis bekannt gegeben wurde, zeigt klar und deutlich, wie die Masse des Volkes instinktiv fühlte, daß Etwas nicht in Ordnung. Womit will man allen denen, die diesen Schrei ausgestoßen, beweisen, daß sie Unrecht haben? nachdem man sich den einzig möglichen Beweis, die „Öffentlichkeit“, abgeknippt hatte?

Doch genug davon! Daß es auch von Seiten der „humanen“ Arbeitsherrn an Versuchen, die Arbeiter einzuschüchtern, nicht gefehlt hat, ist so selbstverständlich, daß es kaum der Mühe werth erscheint, darüber zu berichten. Aber wir wollen den Arbeitern bei der Gelegenheit den guten Rath geben, wenn bei der nächsten Wahl dieselben „humanen“ Herren wieder kommen und verlangen, daß die Arbeiter sich unterschreiben sollen, unsern Gegencandidaten zu wählen, so thue man den „Herrn“ doch den Gefallen, denn damit ist nach Niemand gehalten, seine Stimme am Tage der Wahl dem Gegner zu geben. Und wenn diese humanen Herren in Gesellschaft von Nachtmächtern, Stadtdienern und Polizisten Euch Stimmzettel unsern Gegencandidaten anbieten, so nehmt sie an, je mehr desto besser, und verbraucht später dieselben wozu sie gut sind. Und wenn Eure humanen Herren oder sonstige dummdreiste Burschen Euch fragen: „Na! wen wollen Sie wählen?“ dann nennt nur immer den Namen unsern Gegencandidaten. Wenn aber diese unverschämte Gesellschaft gar zu frech wird und versuchen sollte, Euch an der Ausübung des Wahlrechts zu hindern, oder Euch durch Androhungen zu beeinflussen, dann sorgt dafür, daß derartige Fälle dem Wahlcomité bekannt werden; es soll dann dafür Sorge getragen werden, daß der § 107: „Wer einen Deutschen durch Gewalt, oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft. (Schon der Versuch ist strafbar.)“ nicht umsonst im Strafgesetzbuch steht; den Herren, die da glauben, die Arbeiter terrorisiren zu können, muß endlich einmal der Standpunkt klar gemacht werden. Aber am Wahltag nehme jeder seinen Stimmzettel mit dem Namen Theodor Nord in Hamburg gleich mit nach der Arbeit, und trage denselben, wenn man anders keine Zeit hat, in der Mittagsstunde zur Wahlurne. Auf diese Art müssen die Schliche, Ränke und Schurkenreiche der Gegner unschädlich gemacht werden.

Unter allen Umständen aber vergesse man nicht, daß § 9 des Wahlgesetzes lautet: „Die Wahlhandlung sowie die Ermittlung

des Wahlergebnisses sind öffentlich.“ Damit ist gesetzlich bestimmt, daß jeder Wähler zu jeder Zeit und beliebig lange in jedem Wahllokale sein kann, bis das Wahlergebnis ermittelt und verkündet ist.

Es ist Pflicht eines jeden Wählers, etwaige Unregelmäßigkeiten oder Verstöße gegen das Wahlgesetz dem Comité anzuzeigen, damit nöthigenfalls die Giltigkeit der Wahl angefochten werden kann. Ungeachtet ist z. B. A. Schluß der Öffentlichkeit bei der Wahlhandlung und bei Feststellung des Resultats, ferner das Ausliegen von Stimmzetteln und Ausgeben derselben im Wahllokale. Keiner darf wählen, dessen Namen nicht in den Listen steht. Jeder Wähler muß seinen Stimmzettel selbst abgeben, und zwar in der Zeit von Vormittag 10 bis Abends 6 Uhr.

Schließlich schreibt man uns noch über die Wahl am 10. Januar: Als das Arbeiter-Wahlcomité um 10 Uhr Vormittags die Wahllokale im Rathhause besetzte, um Stimmzettel auszugeben, waren die hochehrlichen und wohlweisen Herren ob solcher, in Stade bis dahin unerhörten Frechheit des Plebs, sich vor den geheiligten Hallen des Rathhauses so gar nicht, und noch weniger vor den bereits mit Stimmzetteln hinpostirten Dienern der heil. Hermandad zu geniren, ganz entsetzt. Was gab es da für ellenlange dünne Gesichter. Hatten doch die hohen Herren alles so hübsch angeordnet. Jeder Wähler sollte dem Kreuzener Benningsen'scher Stimmzettel ausgehändigt, womöglich mit Polizei-Bedeckung bis zum Wahlzimmer geleitet werden. Und nun diese Dreistigkeit von Seiten des Arbeiter-Wahlcomités, sich ganz ungenirt daneben zu stellen, als ob die Leute gewußt hätten, daß sie dazu ein Recht haben. So etwas war noch gar nicht dagewesen. Aber es half alles nicht. Die Arbeiter ließen sich nicht verblüffen, und da die Blicke der Stadt- und Polizeidiener die „Frechen“ auch nicht niederschmetterten, so zogen sie es vor, dem Arbeiter-Comité das Feld allein zu überlassen.

Aber welche Gesichter die nationalliberalen „Macher“ schnitten, als sie an Stelle der Stimmzettel-bewaffneten Polizeidiener zum Schutze der Benningsen'schen Wahl, die Stimmzettel für Nord vertheilen sahen, und mit welchem Entsetzen die vom Schweiß der Arbeiter die gemordeten Bourgeois in weitem Kreise die Arbeiter herumgingen, als wenn es Rigger wären, deren Geruch für die feinen Nieser der hohen Herrschaften unangenehm ist, man muß das alles gesehen haben, um zu begreifen, wie lächerlich sich diese Menschenorte gemacht hat.

Euch aber Arbeiter, Handwerker und Landleute im 18. hannoverschen Wahlkreis rufen wir zu: Laßt Euch durch das anmaßende und brutale Auftreten der Gegner nicht irren machen, Ihr seid im Recht. Organisirt Euch, verbindet Euch für die in kurzer Zeit stattfindende Nachwahl, und Ihr habt die Macht, die Gegner der Arbeit, die Gegner der Freiheit, die Gegner der Volkswohlfahrt, die nationalliberale Partei im Wahlkampf nieder zu werfen!

### Briefkasten

der Redaction. Nach England: Prosz Bajaine sowie das zweite Manuscript erhalten. Erscheint in den nächsten Nummern. Einweisen besten Dank und Gruß! Das Weitere wird besorgt. H. F. in Berlin: Besten Dank! Wird demnächst abgedruckt. Sie können uns keinen größeren Gefallen thun, als wenn Sie Ihre Feder öfters für uns in Bewegung setzen.

der Expedition. S. A. Rüd. Königsberg Ab. 4. Da. 4. Thlr. Ahn Riefa Ab. 1. Da. Thlr. 2. 20. Zimmerzeil. Reanent. hier Ann. 8 Gr. Sdßg hier Schr. 12 Gr. Sst hier Schr. 5 Thlr. H. Lindemann Ab. Jan. Gr. 4. 5. Sst hier Ab. 1. Da. 16 Gr. Ahn Riefa Ab. 1. Da. Thlr. 1. 5. Sst hier Schr. Thlr. 2. 12. Gröy Königsberg Schr. 2 Thlr. S. Dst. Schells Ab. 1. Da. Thlr. 1. 4. Treiman Berlin Schr. Thlr. 10. 11. 5. O. Sst hier Ab. 4. Da. 17 Thlr. Tischler. Ahn Ann. 12 Gr. S. u. Frö Königsberg Schr. 5 Thlr. Wm hier Schr. 15 Gr. Arb. Partei Hamburg Ann. 27 Gr. Volkso. Gausman Ann. Thlr. 1. 20. S. Sst hier Coburg Schr. Thlr. 3. 17. Jbl Berlin Ab. 4. Da. Thlr. 9. 5. 7. Rst Godevramstein Schr. 4 Thlr. Sst hier Schr. Thlr. 4. 10. Klemper n. Gausstter Hamburg Ann. 6 Gr. Sst hier Rönneburg Schr. Thlr. 1. 2. Sst hier Preßburg Ab. 4. Da. Thlr. 1. 21. Thl Wien Schr. 4 Gr. Piro Berlin Ab. 1. Da. 16 Gr. Ahlberg Berlin Ab. 1. Da. 16 Gr. Uhe Chemnitz Schr. Thlr. 1. 13. A. S. Nürnberg: Alle Schrift. sind wie verlangt zu haben.

**Berlin** Allen Parteigenossen zur Nachricht, daß ich in meiner Leihbibliothek nachstehende soziale Schriften aufgenommen habe:  
**Ein Jahrhundert der Revolutionen** (in Vlesungen),  
**Am Webrühl der Zeit,**  
**Rathgeber für Gewerbetreibende et.,**  
und nehme Bestellungen auf sämtliche Schriften entgegen.  
G. Gorges, Buchbinder, Webrühl Nr. 32.

**Berlin** Sozialdemokratische Arbeiterpartei.  
Fejrkversammlungen.  
Montag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr.  
Büdwig Local, Admiralstraße 11, Eingang vom Hof:  
Vortrag. Diskussion. Verschiedenes.  
Dienstag, den 27. Januar, Abends 8 Uhr.  
Cafe Handmann, Ellsabethstraße 17, Eingang vom Hof:  
Vortrag. Diskussion. Verschiedenes.  
In beiden Versammlungen werden neue Mitglieder aufgenommen.  
Um zahlreiche Betheiligung bitten  
Das Agitations-Comité.

**Hamburg** Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Mittwoch, den 28. Januar, Abends 9 Uhr: Öffentliche Versammlung im Locale des Herrn Eckhart, Schopenhof 22.  
Tagesordnung: Jura und Regeln der Gewerkschaft.  
Es werden alle Mitglieder ersucht pünktlich zu erscheinen.  
Ed. Frey.

**Hamburg** Sozialdemokratische Arbeiterpartei.  
Montag, den 26. Januar, Abends 9 Uhr: Versammlung bei Hans J., Schopenhofstraße 14.  
L. O.: Die im „Vorkämpfer“ enthaltenen Gesetzesvorschläge zum Schutze der Arbeiter. Ref. Rühlbel. Zutritt Jedem frei.

**Leipzig** Generalversammlung  
der Zimmergesellen-Krankenkasse zu Leipzig am 2. Februar Abends 7 Uhr, im Saale des Thüringer Hofes.  
L. O.: Halbjährige Kassenabrechnung. (Z. S.) Der Vorstand.

**Leipzig** Gewerkschaft der Metallarbeiter.  
Montag, den 26. Januar: Sitzung bei Krüger, Reudnigerstr. — L. O.: 1) Kassenbericht. 2) Die Localfrage u. Vortrag.  
Es ist Pflicht daß alle Mitglieder erscheinen.

**Meersee** Sierbefasse der Manufaktur-Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft.  
Adresse des Vorstandes: August Daverdier, Gerberstr. Nr. 228 C.

**Thonberg u. Umgegend** Sonntags, d. 24. Januar, Abends 8 Uhr: Volks-Versammlung im Gasthof zu Thonberg. — L. O.: Die Reichstagswahl. Sonntag Abend in der Tonhalle zu Reudnib.

**Geburtsanzeige.**  
Die gestern Abend erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Emma Emilie geb. Köcher, von einem kräftigen Knaben zeigt hiermit lieben Verwandten und Freunden an.  
Annweiler i. d. Pfalz, d. 21. Jan. 1874. Georg Seebach.

Leipzig: Berantw. Redaction: M. Preißer. (Redaction und Expedition Reichenstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.